



Gewalt gegen Frauen – nicht mit uns!

Unter diesem Titel startet amnesty international am 8. März 2004 die weltweite Kampagne „Stop Violence against Women“ in Österreich, die den größten Menschenrechtskandal unserer Zeit thematisiert. Gewalt an Frauen ist eine der weltweit am meisten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und auch eine der unsichtbarsten. Anzutreffen in allen Teilen der Welt: In Österreich geht man davon aus, dass jede fünfte Frau von häuslicher Gewalt betroffen ist (da die Dunkelziffer sehr hoch ist, liegen keine genauen Zahlen vor).



© Andrew Tester/Panos Pictures

Flüchtlinge im Kosovo

Weltweit häufigste Todesursache

Übergriffe in den eigenen vier Wänden sind eine größere Bedrohung als Vergewaltigung, Überfälle und Autounfälle zusammen, berichtet das US-Gesundheitsministerium. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO handelt es sich weltweit um die Todesursache Nummer eins bei Frauen zwischen 15 und 44 Jahren. In Pakistan etwa starben mehr als eintausend Frauen im Jahr 1999 alleine durch so genannte Ehrenmorde – das sind Tötungen von Frauen und Mädchen, welche sich „unehrenhaft“ verhalten, meistens begangen von männlichen Familienmitgliedern – teilt die Menschenrechtskommission in Pakistan (HRCP) mit. Mehr als 120 Millionen Frauen weltweit wurden Opfer der Genitalverstümmelung. In Ruanda fielen während des



© AP

Koreanische Frauen bei einer Kundgebung

Völkermordes 1994 rund 500 000 Frauen Vergewaltigungen zum Opfer. Traurige Rekordzahlen aus Russland, hier sterben jedes Jahr 14 000 Frauen durch die Hand ihrer Partner oder andere männliche Verwandte.

Ursachen von Gewalt gegen Frauen

Bei der Peking-Konferenz im Jahr 1995 zu Gewalt an Frauen kam man zu folgenden Erkenntnissen: Es handelt sich dabei nicht um individuelle, isolierte oder irrationale Handlungen einzelner Männer. Männliche Herrschaft entspringt der sozialen Ungleichheit von Männern und Frauen, gilt oft als Zeichen von Männlichkeit und ist tief in den Kulturen verwurzelt. Attacken gegen Frauen sind weit verbreitet und die Täter gehen fast immer straffrei aus. Frauen sind somit die größte diskriminierte Gruppe. Sie werden nicht nur deswegen verfolgt, weil sie etwa politisch aktiv sind, sondern oft ausschließlich aufgrund ihres Geschlechts.

Entschuldigen reicht nicht – Gerechtigkeit statt Ausreden

Gewalt an Frauen ist *kein* Kavaliersdelikt, amnesty international Österreich fordert die Sicherstellung, dass Verantwortliche und Täter für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Alle Staaten werden aufgefordert,



© AP

Iranische Frauen vor einem US-Panzer

Frauen zu schützen und ihnen ein angstfreies Leben zu garantieren.

Mit einer Kommunikationskampagne, mit Petitionen und Appellen an die Verantwortlichen, mit internationalem Lobbying und Veranstaltungen will amnesty international maßgeblich dazu beitragen, dass Gewalt an Frauen weltweit geächtet wird. Unterstützen auch Sie diese Aktionen, aktuelle Informationen zur Kampagne finden Sie auf der Homepage von amnesty international Österreich: www.amnesty.at.

Martina Tober

20. und 21. März 2004

22. Bücherflohmarkt

Wir bieten auch heuer wieder mehr als 10 000 Bücher aus den verschiedensten Sachbereichen, wie Romane, Lyrik, Sach- und Taschenbücher, Kinder- und Jugendbücher, Fremdsprachiges, Krimis, religiöse Bücher und „Extras“ (Kunst- und Bildbände) an. Kommen Sie, schmökern Sie nach Herzenslust und nehmen Sie das eine oder andere Buch (je mehr, desto besser für die Finanzierung unserer Arbeit) mit nach Hause!

**Am Samstag, dem 20. März, von 9 bis 18 Uhr
und am Sonntag, dem 21. März, von 9 bis 12 Uhr**

können Sie diese zu bekannt günstigen Preisen (Taschenbücher € 0,50, gebundene Bücher € 1,-, „Extras“ nach Vereinbarung) in der **Freien Waldorfschule Linz**, Baumbachstraße 11 (Nähe Neuer Dom) erwerben.

Auch eine größere Anzahl LPs steht zur Auswahl bereit.

Der nächste Termin steht auch schon fest:

23. Bücherflohmarkt

20. und 21. November 2004, ebenfalls in der Freien Waldorfschule Linz.

Waffen unter Kontrolle!

Jedes Jahr sterben weltweit rund eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder durch bewaffnete Gewalt – das ist ein Mensch pro Minute. Die Zahl der Verwundeten liegt nochmals bei mehreren Hunderttausend. Die Mehrzahl der Opfer – mindestens 300 000 Tote – fordern bewaffnete Konflikte und Kriege. Zusätzlich werden rund 200 000 Menschen Opfer der Sicherheitskräfte, Opfer krimineller Akte, Opfer privater Gewalt.



Im Mai 1997 stellte die Kommission der Friedensnobelpreisträger/-innen auf Initiative des ehemaligen Präsidenten von Costa Rica, Oscar Arias, der Öffentlichkeit einen „Internationalen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte“ vor. Ziel dieses Kodex war schon damals, waffenexportierenden Staaten einen rechtlichen Rahmen zur wirksamen Kontrolle und Über-



wachung von Rüstungstransfers vorzulegen, der die Beachtung internationalen Rechts, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts bei Exportentscheidungen sicherstellt. Aus diesem Verhaltenskodex wurde unter Mithilfe von Fachjuristen/-innen der nunmehr vorliegende Entwurf für einen international verbindlichen Pakt zur Kontrolle des Waffenhandels entwickelt. Ziel ist, diesen Pakt bis zur nächsten großen UN-Konferenz 2006 zu beschließen.

amnesty international, Oxfam¹⁾ und IANSA²⁾ rufen daher in einer gemeinsamen Kampagne die Weltgemeinschaft dazu auf, einen **INTERNATIONALEN PAKT ZUR KONTROLLE DES WAFFENHANDELS** zu schaffen. Unterstützen auch Sie unsere Kampagne:

Schauen Sie auf die Kampagnenseite www.controlarms.at und werden Sie aktiv! Nehmen Sie teil an der größten visuellen Webpetition, die es je gegeben hat: **PETITION DER 1 MILLION GESICHTER.**



In Österreich befinden sich ca. 1,8 Millionen Schusswaffen legal in privaten Händen. Insgesamt sind ca. 639 Millionen Kleinwaffen weltweit im Umlauf: 59,2% in Händen von Privatpersonen, 37,8% von Regierungstruppen, 2,8% von Polizei und 0,2% von bewaffneten Oppositionsgruppen.

Kleinwaffen sowie die dazugehörige Munition sind heute weltweit leicht verfügbar und lächerlich billig erhältlich. Auch dies fördert bewaffnete Gewalt als Mittel der Konfliktlösung. Die meisten Waffen gehören Männern und werden von ihnen auch benutzt. Frauen und Kinder sind besonders bedroht, zum Beispiel in bewaffneten Konflikten und auch, wenn es um häusliche Gewalt geht. Weltweit werden zum Beispiel ca. 300 000 Kinder als Soldaten/-innen missbraucht, da preiswerte und leichte Gewehre verfügbar sind, die auch zehnjährige Kinder leicht zerlegen und zusammenbauen können.

Zwischen 1998 und 2001 verdienten die USA, Großbritannien und Frankreich mehr durch

¹⁾ Hilfs-, Entwicklungs- u. Campaigning-Organisation www.oxfam.org.uk

²⁾ Internationales Aktions-Netzwerk gegen Kleinwaffen, Zusammenschluss von über 500 (!) NGOs in über 100 Ländern, www.iansa.org



Waffenverkäufe an die Entwicklungsländer, als sie diesen an Entwicklungshilfe zahlten. Ein Drittel aller Länder gibt mehr Geld für das Militär als für das Gesundheitswesen aus.

Erste Erfolge sind schon erzielt worden: Derzeit unterstützen bereits folgende Regierungen den Internationalen Pakt zur Kontrolle des Waffenhandels: Brasilien, Island, Finnland, Costa Rica, Mali, Kambodscha, die Niederlande, Slowenien, Ungarn, Mazedonien (Stand: 24. Jänner 2004).

Sylvia Pumberger

Aus der Gruppe

Sylvia Pumberger im Vorstand

Bei der Generalversammlung im April 2003 wurde Sylvia Pumberger, die Sprecherin unserer Gruppe, in den Vorstand von amnesty international gewählt. Sie ist damit eine von fünf Personen im höchsten Gremium unserer Organisation in Österreich.

Damit blicken drei Mitglieder unserer Gruppe „über den Tellerrand hinaus“ und sind gesamtösterreichisch tätig: Sylvia im Vorstand und im Entwicklungsteam Oberösterreich, Bernhard Kastl im Entwicklungsteam und in der GVK (Generalversammlungskommission) und Hans Schnellinger als Mitglied der Schlichtungsstelle.

Es ist wichtig, neben der Gruppenarbeit auch weiter reichende Verantwortung zu übernehmen, sind die betreffenden Mitglieder überzeugt.

2003 in Zahlen

- 12 aktive Gruppenmitglieder
- 18 Gruppentreffen
- 2 Bücherflohmärkte
- 6 Infostände (Linz, Eferding)
- 1200 Briefe (Bulgarien, Chile, Kuwait, Russland, Bosnien, Kosovo, Mexiko ...)
- 1400 Unterschriften zu verschiedenen Themen
- 1 Freilassung (Ibtisam Berto Sulaiman al-Dakhil, Kuwait)

mehrere Presseaussendungen, Leserbriefe, Presseartikel

Teilnahme an allen regionalen bzw. österreichweiten Treffen (Regionaltagung, Generalversammlung, Arbeitstagung „Retzhof“)

Menschenrechtsverletzungen im Kosovo

Ein paar Zahlen

Im Oktober 1999 hatten laut Jugoslawischem Roten Kreuz mehr als 230 000 Serben und andere Minderheiten den Kosovo verlassen.

Am 10. Dezember 1999 gaben die KFOR bekannt: von Juni bis Dezember 150 ermordete ethnische Albaner, 140 ermordete Serben, 124 Ermordete unbekannter ethnischer Herkunft.

Politischer Hintergrund

Seit Juli 1999 steht der Kosovo unter der Kontrolle der UN Interims Mission im Kosovo (UNMIK). Diese ist mit der Bildung einer Interimsregierung in der Region betraut.

Die UNMIK ist verantwortlich für Sicherheit (zusammen mit KFOR), Polizei, Justiz und Außenangelegenheiten.

Die gewählte Versammlung, die wieder ein Teil der provisorischen Institution der Selbstregierung (PISG) ist, hat seit März 2002 die Verantwortung für innere Angelegenheiten übernommen.

Nach der Entscheidung des UN-Spezialbeauftragten und des Generalsekretärs vom 7. März 2003 werden immer mehr Angelegenheiten an die PISG übergehen.

Für den Schutz der Rechte von Minderheiten soll UNMIK verantwortlich sein.

Minderheiten im Kosovo

Serben, slawische Moslems (wie Bosniaken und Gorani), Roma, Ashkali und Ägypter, ethnische Albaner, Türken, Kroaten

Anliegen von ai

- Noch immer werden Kriegsverbrechen nicht bestraft.
- Entführungen und „Verschwindenlassen“: ai fordert die Verurteilung der Täter und Wiedergutmachung für Opfer und deren Familien.
- Rückkehr von Flüchtlingen: ai fordert die Garantie der Sicherheit und das Recht auf Bewegungsfreiheit besonders für jene Flüchtlinge, die in ein Gebiet zurückkehren, wo sie eine Minderheit und daher mit verschärften Problemen konfrontiert sind. Diese Maßnahmen sollen den Zurückgekehrten ein Leben ohne Risiko ermöglichen.
- Diskriminierung von Minderheiten: ai setzt sich dafür ein, dass Missbräuche der Menschenrechte aus der Vergangenheit nicht ungesühnt bleiben und stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die ethnisch motivierten Gewalttaten gegen Leben und Eigentum von Minderheiten abnehmen.

Unsere Aktivitäten:

700 Briefe in drei Monaten

Unsere amnesty-Gruppe hat für diese Aktion in der Zeit von Juli bis September 2003 etwa 700 Briefe an die verschiedenen Verantwortlichen geschrieben und dafür von der ai-Zentrale in London ein besonderes Lob erhalten.

Zusätzlich zu den grundlegenden Forderungen von amnesty international wurden auch zu drei konkreten Fällen Briefe geschrieben.

Zu begrüßen ist in letzter Zeit die Novellierung des Gesetzes betreffend die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal, weil dadurch die sofortige Auslieferung von Angeklagten ermöglicht wird.

Weniger erfreulich dagegen sind die Zahlen, was die Rückkehr von Flüchtlingen in den Kosovo betrifft: Im Jahr 2003 sind nur etwa 1000 von 180 000 im Zug des Kosovokrieges vertriebene Serben wieder zurückgekehrt.

Trotz der Verbesserungen, die durch die Aufarbeitung der Nachkriegsfolgen bereits erreicht wurden, dürfen wir nicht müde werden, Öffentlichkeit und Regierung auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen, aber auch die EU und die Regierungen zu bitten, ihren Einfluss auf die Vertreter der UNMIK geltend zu machen.

Ulrike Neunteufel

Radio FRO

Die Gruppe 8 von amnesty international gestaltet monatliche Sendungen zu aktuellen Themen.

Diese Sendungen werden jeden zweiten Montag im Monat von 19 bis 20 Uhr ausgestrahlt und sind über Antenne auf 105,0 MHz (Radio FRO) bzw. über Kabel auf 95,6 MHz (LIWEST und WAG) zu empfangen. Wiederholung der Sendung am Dienstag um 14 Uhr.

Ruth Ritter

Freilassung:

Ibtisam Berto Sulaiman al-Dakhil

Seit 1992 haben wir uns für die Journalistin aus Kuwait eingesetzt, die nach einem unfairen Gerichtsverfahren vor dem Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden war.

Nach ihrer Begnadigung im September 2002 durfte sie im April 2003 nach Frankreich ausreisen.

Liebe Förderer, liebe Spender!

Wie Sie aus den Medien und aus unserer Gruppenzeitung ersehen, ist die Lage in der Region des Balkans und im Nahen Osten nicht weniger dramatisch als in den letzten Jahren. Die Menschenrechtsverletzungen, aber auch die Zahl der Flüchtlinge, gibt sie leider immer noch nicht auf. In fast keinem Staat ist davon ausgegangen, dass sich die Lage ändern wird. Mit Ihrer Unterstützung sind wir in der Lage, gegen die Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Wenn der Erfolg oft auf sich warten lässt, wir können mit unserer Arbeit einiges bewirken. Ihre Unterstützung und bitte Sie, weiterhin mit Ihren finanziellen Zuwendungen unsere Arbeit zu ermöglichen.

Gertraud Heilmann



„ai intern“, Nr. 2/2004. Herausgeber und Medieninhaber (Verleger): amnesty international Österreich; Redaktion: Bernhard Kastl, Gruppe 8; DVR 0460028
Verlagspostamt: 1150 Wien, Aufgabepostamt: 4053 Haid, P.b.b., Zul.-Nr. GZ 02Z 031 254

Gruppe 8

4040 Linz, Mühlkreisbahnstraße 7
Telefon 072 27/4072

E-Mail: s_pumberger@yahoo.com
www.amnesty.at/gruppe/8/

ai amnesty
international
Österreich

